

Internationale Freigeistige Rundschau 4/2011

Europa

Deutschland

I (4195) **Freiburg**. Die Ergebnisse der jüngsten Shell-Jugendstudie haben die katholischen Bischöfe alarmiert. Demnach finden nur noch 44 Prozent der deutschen Katholiken zwischen 12 und 25 Jahren den Glauben an einen wie auch immer gearteten Gott noch wichtig. Bei jungen Protestanten sind es sogar nur 39 Prozent. Nach allen bisherigen Erfahrungen bedeutet dies, dass rund die Hälfte dieser Jahrgänge innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte die Bindung an die Kirche völlig aufgeben wird. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz sagte dazu im Sommer-*Journal* des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), es schmerze, „wenn immer weniger junge Menschen einen Zugang zum christlichen Glauben finden“. (KNA, 24.8.11)

I (4196) **Hamburg**. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, wünscht sich mehr Missionierungsarbeit von den Kirchen. Die Kirche habe einen Missionsauftrag, davon sei aber zu wenig zu sehen, so der Politiker in der *Zeit*-Beilage „Christ & Welt“. Jede Organisation müsse sich doch fragen, woran es liege, wenn ihr Zuspruch geringer werde, fügte er an. Das gelte für die Parteien, aber auch für die Kirchen. Zur Diskussion um das christliche Profil seiner Partei erklärt der CDU-Politiker: „Das C ist in unserer Gesellschaft leider auf dem Rückzug.“ Das habe auch Auswirkungen auf die Union. Es sei aber nicht Aufgabe der CDU, das Christentum zu fördern. Dies müssten die Kirchen leisten. (*Die Zeit*, 24.8.11)

Anm. *MIZ*-Red.: Da widerspricht sich der Unionschrist aber selbst: Wenn es nicht Sache der CDU ist, das Christentum zu fördern, warum gibt er dann den Kirchen Ratschläge für die Missionierung?

I (4197) **Schwerin**. Die Analyse der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern durch das Forschungsinstitut *infratest/dimap* zeigte, dass vor allem Katholiken, aber auch Konfessionslose wieder stärker nach weltanschaulichen Gesichtspunkten gewählt haben.

Die SPD erreichte insgesamt 35,7 % (+5,5). Von den Evangelischen wählten sie 37 % (+6), von den Konfessionslosen 36 % (+6), aber von den Katholiken nur 28 % (+4). Die CDU kam insgesamt auf 23,1 % (- 5,7), verlor aber bei Katholiken mit 48 % (-4) und bei Protestanten mit 31 % (-5) weniger als bei Konfessionslosen mit nur noch 19 % (-6).

Die Linke nahm insgesamt um 1,6 auf 18,4 % zu, verlor aber unter Katholiken gleich sechs ihrer bisher 10 Prozentpunkte, während sie bei Protestanten um einen auf 11 wuchs. Ihren Zugewinn hat sie ausschließlich den Konfessionslosen zu verdanken, wo sie 21 % (+2) erreichte. Die Grünen, die FDP und die NPD hatten keine auffälligen Abweichungen bei den einzelnen weltanschaulichen Gruppen. Keine Chance hatten die christlichen Kleinstparteien. Die erstmals angetretene Partei „AUF – Christen für Deutschland“ kam auf 0,2, die Partei „Bibeltreuer Christen“ (PBC) auf 0,1 % der Stimmen. Der auch für Mecklenburg zuständige Hamburger Erzbischof Thissen zeigte sich „unzufrieden“ mit dem Ausgang der Landtagswahl in

Mecklenburg-Vorpommern. (*idea*, 5.9.11; Pressemitteilung des Bistums Hamburg, 5.9.11)

I (4198) **München**. Die Kirchen scheinen sich von den umstrittenen bayerischen „Konkordatslehrstühlen“ zu verabschieden. 1974 hatte die CSU mit absoluter Landtagsmehrheit der katholischen Kirche das Privileg eingeräumt, dass an jeder bayerischen Universität je ein Lehrstuhl in Pädagogik, Philosophie und Gesellschaftswissenschaften nur mit Zustimmung des Ortsbischofs besetzt werden darf – was fast alle Religionsverfassungsrechtler als verfassungswidrig oder als „verfassungsrechtlich bedenklich“ ansehen. Auf einer Fachtagung der Evangelischen Stadtakademie München in Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung und dem Forum „Kirche und SPD“ zum Thema „Hinkende Trennung zwischen Kirche und Staat – Was muss sich ändern im Staatskirchenrecht?“ vertrat auch der Münchner Professor Dr. Koriath diese Auffassung, weil Kirchenverträge nicht in die weltanschaulichen Grundrechte von Dritten eingreifen dürften. Auf Nachfrage des Augsburger *bfj*-Vorsitzenden fügte er hinzu, aus dem gleichen Grunde sei auch ein Ersatz-Pflichtunterricht für Nichtteilnehmer des Religionsunterrichts (RU) verfassungswidrig. Der RU stelle laut Art. 7 des Grundgesetzes ein Privileg zugunsten der Kirchen dar, die die ihrem Bekenntnis angehörigen Kinder (bei Zustimmung der Eltern) auf Staatskosten in der Glaubens- und Morallehre ihrer Konfession unterrichten dürften, was aber auf Nichtteilnehmer am RU keine Auswirkungen haben dürfe.

Der evangelische Lobbyist am Sitz der Staatsregierung, Kirchenrat Breit, empfahl die Aufgabe von Privilegien, die von der Bevölkerung nicht mehr verstanden würden und meinte damit speziell die Konkordatslehrstühle. Selbst der katholische Kollege, Domdekan Wolf, zeigte sich über die Konkordatslehrstühle unglücklich und meinte, dieses „Kompensationsgeschäft“ für den Verlust der Bekenntnisschule in 1969 zugunsten der „christlichen Gemeinschaftsschule“ erweise sich nun auch für die Kirche als sehr nachteilig.

Unter den auf dem Podium vertretenen Kirchensprechern der Landtagsgruppen zeigten sich CSU und Freie Wähler noch weniger zu Änderungen bereit als die Kirchen. SPD, Grüne und FDP wollen die Konkordatslehrstühle abschaffen und die beiden letzteren auch das Fach Ethik zumindest als Wahlpflichtfach mit dem RU gleichstellen – womit sie allerdings die Einwände des Religionsverfassungsrechtlers Koriath ignorierten. (*MIZ*-Eigenmeldung, 10.11.11)

I (4199) **Augsburg**. Der damalige Chefredakteur der Augsburger Allgemeinen, Dr. Markus Günther, hält das Ende der Volkskirche für unausweichlich und empfiehlt der Kirche, von sich aus auf das Privileg der Kirchensteuer zu verzichten. Stattdessen solle sie auf freiwillige Beiträge ihrer Mitglieder nach US-Vorbild setzen, sagte er in einem Vortrag am 17.11. vor den „Freunden der Ulrichsbasilika“. Der tiefkatholische Journalist räumte beiläufig ein, die Kirchensteuer werde ohnehin zu weniger als zehn Prozent für soziale Zwecke verwendet. Als er wenige Tage später in einem Leitartikel erneut für den Verzicht auf die Kirchensteuer plädierte und die Leserschaft der *AZ* damit spaltete, reagierten die Herausgeber umgehend und entbanden den Chefredakteur ab sofort von seinen Aufgaben (*Augsburger Allgemeine*, 26.11. u. 5.12.11)

Anm. *MIZ*-Red.: Das griechische Wort „katholisch“ bedeutet auf deutsch „allgemein“. So gesehen ist die Bezeichnung *Augsburger Allgemeine* programmatisch offenbar aussagekräftiger als viele Leser bisher annahmen.

I (4200) **Koblenz**. Gegen ein Finanzunternehmen der Evangelischen Kirche im Rheinland wird wegen des Verdachts des Kapitalanlagenbetrugs ermittelt. Die Landeskirche hatte selbst Anzeige erstattet. Das kircheneigene Unternehmen wurde zu Personal und Beihilfeabwicklungen eingesetzt. Dabei hatte sich das Unternehmen jahrelang bei Anlagegeschäften höhere Zinserträge versprochen, als bei den marktüblichen Zinsen möglich sind. Diese Erträge sind nach Angaben der Kirche bis heute nicht geflossen. So ist über die Jahre ein riesiges Finanzloch entstanden. Um eine Insolvenz zu vermeiden, hatte die Landeskirche kürzlich rund 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. (KNA, 29.11.11)

I (4201) **Kiel**. Nun kommt auch das Arbeitsrecht der Kirchen auf den Prüfstand der Parteien. Die Grünen forderten eine weitgehende Abschaffung des eigenständigen Arbeits- und Tarifrechts der Kirchen. Sie sprachen sich bei ihrem Parteitag in Kiel dafür aus, den so genannten Dritten Weg mit seinem Streik- und Aussperrungsverbot in Diakonie und Caritas außerhalb des „engeren Bereichs der Verkündigung“ abzuschaffen. Darüber wollen sie einen Dialog mit den Kirchen führen. Die beiden großen Kirchen reagierten mit Kritik: Der Dritte Weg habe sich bewährt, sagte der Leiter des Katholischen Büros bei der Bundesregierung Jüsten. Auch der EKD-Beauftragte bei der Bundesregierung Felmberg zeigte sich verwundert über das Vorgehen der Grünen.

Weit größer dürfte das Erstaunen ausgefallen sein, als eine Woche später auch der SPD-Bundesvorstand im ansonsten sehr freundlich verlaufenen Gespräch mit der EKD ihre Ablehnung des kirchlichen Sonderwegs kundgetan hat. (KNA, 28.11.11; *Frankfurter Allgemeine*, 5.12.11)

I (4202) **Berlin**. Der dem Opus Die nahestehende traditionalistische Berliner Erzbischof Rainer Maria Woelki würdigte in einem Gottesdienst zum Auftakt des SPD-Bundesparteitags das Engagement der Sozialdemokratie für Gerechtigkeit und für ein enges Verhältnis zu den Kirchen. Er nutzte die Gelegenheit um angesichts der Finanzkrise „ein grundsätzliches Nachdenken über den Lebensstil der westlichen Welt“ anzumahnen. Einen Einsatz kirchlichen Vermögens zur Linderung der Not von Armen lehnte er jedoch indirekt ab. Er befürwortete militärische Auslandseinsätze und warb für mehr Achtung gegenüber jenen, die als Polizisten oder Soldaten im Ausland ihr Leben riskierten. (KNA, 3.12.11)

I (4203) **Offenbach/Berlin**. Die Piratenpartei hat ihre Pläne zur Trennung von Staat und Kirche konkretisiert. Bei ihrem Bundesparteitag in Offenbach befürworteten die Mitglieder die Abschaffung „finanzieller und struktureller Privilegien für einzelne Glaubensgemeinschaften“. Ebenso lehnen sie das behördliche Erfassen der Religionszugehörigkeit und das Einziehen von Kirchensteuern ab. Der Leiter des katholischen Büros in Berlin, Karl Jüsten, verweist dagegen auf das (aus seiner Sicht) bewährte Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Die konkreten Regelungen kämen laut Jüsten „allen“ Menschen im Land zugute; da sind die derzeit 42 Prozent Nichtkatholiken und Nichtprotestanten allerdings anderer Meinung. Schon früher hatten sich die Piraten für die Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen. Ihren bisher größten Erfolg feierte die junge Partei mit 8,9 Prozent bei den Berliner Senatswahlen im September. Damals erhielten sie von den Konfessionslosen 11, von Katholiken acht, den Evangelischen sechs und den Muslimen vier Prozent. Die katholische Kirche äußerte sich „nicht begeistert“ über den Erfolg der Piraten-Partei. Eben jener Karl Jüsten hielt das Programm der Partei für „ziemlich abstrus“ (dpa, 5.12.11; *dimap infratest*, 19.9.11; *Radio Vatikan*, 19.9.11)

I (4204) **Limburg**. Der katholische „Familienbischof“ Tebartz-van Elst hat die geplante stärkere Bezuschussung von künstlicher Befruchtung kritisiert. Der Vorstoß dazu kam von Bundesfamilienministerin Schröder. Dabei widersprach der Limburger Bischof der Auffassung, dass Familie dort sei, wo Kinder seien. Die Förderung der künstlichen Befruchtung gehöre zu „spektakulären Einzelmaßnahmen“, die „als Familienförderung angepriesen“ würden. „Es geht nicht um den absoluten Wert des Lebens oder um einen würdevollen Umgang auch mit den eigenen Grenzen, sondern um Interessen und Präferenzen“ (der Eltern), fügte er hinzu. In diesem Kontext wandte sich der Bischof auch gegen die gesetzliche Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Paaren. Es werde viel zu wenig über die medizinisch-psychologische Betreuung von Familien geredet, die den seelisch und körperlich belastenden Weg einer künstlichen Befruchtung einschließen, fügte Tebartz-van Elst an. Dass die betroffenen Familien vielleicht auch so etwas wie ein Recht auf Selbstbestimmung in der Familienplanung haben könnten, kam dem unverheirateten Kleriker nicht in den Sinn. (*Die Welt*, 6.12.11)

I (4205) **Berlin**. Die Kirche ist bei Politikern derzeit ein aktuelleres Thema als seit vielen Jahren, meinte der Leiter des katholischen Büros bei der Bundesregierung, Prälat Karl Jüsten, in einem Interview mit einem Kirchensender. Für die großen Parteien seien die Kirchen ein wichtiger Faktor, was auf den Bundesparteitag deutlich geworden sei. Dort kämen auch kirchliche Überzeugungen und die Bedeutung der Kirche als Bündnispartner zur Sprache – zumindest bei der CDU, die sich zum Bundesparteitag in der Leipziger Thomaskirche versammelte, und beim SPD-Treffen in Berlin, an dem auch der neue Hauptstadtbischof teilnahm. Bei der FDP sei das Thema dagegen „ausgefallen“ und bei den Grünen, Linken und der Piratenpartei sei der Kirche gar ein „kühler Wind“ entgegen geblasen. Vorerst bestehe aber kein Grund, die Gelassenheit aufzugeben, meinte Jüsten. (*Domradio Köln* 7.12.11)

I (4206) **Paderborn**. Das Erzbistum Paderborn will gegen einen amtsenthobenen Priester rechtlich vorgehen. Sein Verbrechen: Der Geistliche hatte am Vorabend des Papstbesuchs „illegal“ eine Messe zelebriert. Der Paderborner Erzbischof Becker will nun in Rom die Versetzung des Amtsenthobenen in den Laienstand beantragen. Dieser hat Ende der 90er Jahre sein Priesteramt niedergelegt. Da er in einer homosexuellen Lebenspartnerschaft lebt, wirft ihm Erzbischof Becker einen Verstoß gegen sein Weiheversprechen vor. (*KNA*, 9.12.11)
Anm. *MIZ*-Red.: Hätte das Verbrechen des Priesters „nur“ in sexuellem Missbrauch von Kindern bestanden, wäre er von der Kirche weit milder behandelt worden.

Estland

I (4207) **Tallin**. Estland gilt als das am wenigsten religiöse Land der Welt. Nach Angaben des christlichen Religionsstatistikers Patrick Johnstone sind heute zwar nur 54 % der Bevölkerung nichtreligiös und (angeblich) 45 % Christen. Den Rest bildeten Gruppen von Juden, Muslimen, Buddhisten und anderen. Konkreten Fakten zufolge ist die Säkularisierung aber längst weiter vorangeschritten. So haben die drei größten Kirchen des Landes (die russisch-orthodoxe, die lutherische und die estnisch-orthodoxe) zusammen gerade einmal 124.900 Mitglieder bei schrumpfender Tendenz, was einem Anteil von 9,6 % entspricht.

Laut einer nun von der britischen Rundfunkanstalt BBC ausgewerteten Umfrage halten weniger als 20 % der 1,3 Millionen Esten Religion für einen wichtigen Faktor ihres Lebens; in die Kirche geht nur ein Bruchteil von weniger als einem Prozent der Bevölkerung. (*BBC*, 10.9.11)

Großbritannien

I (4208) **London**. Die anglikanische Kirche hat angekündigt, homosexuelle Eheschließungen in ihren Kirchen nicht zuzulassen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Generalsynode, die jedoch so selten tagt, dass sie nur in seltenen Einzelfällen die Genehmigung überhaupt erteilen kann. Ein neues Gesetz, das am 5. Dezember 2011 in Kraft trat, ermöglicht es homosexuellen Paaren in Großbritannien sich in religiösen Einrichtungen trauen zu lassen – sofern diese solche Zeremonien erlauben. (*The Guardian*, 5.12.11)

I (4209) **London**. Mehrere Schwangeren-Beratungsstellen in Großbritannien geben die so genannte „Pille danach“ nach einem kurzen Beratungsgespräch offenbar prophylaktisch aus. Für die „Gratis-Pille“, die eine ungewollte Schwangerschaft nach dem Geschlechtsverkehr verhindern soll, gibt es in England zur Weihnachtszeit inzwischen sogar „Lieferschwierigkeiten“, wie katholische Medien kritisch berichten. Religiöse Kritiker wurden allerdings mit dem Hinweis abgefertigt, es gebe schließlich auch Nichtkatholiken, die eventuelle moralische Bedenken nicht teilten. Befürworter erwarten durch die Aktion eine Reduzierung unerwünschter Schwangerschaften. (*Domradio Köln*, 10.12.11)

Irland

I (4210) **Dublin**. In Irland ist es künftig strafbar, Hinweise auf Kindesmissbrauch nicht umgehend der Polizei zu melden, auch wenn diese aus Beichtgesprächen stammen. Nach dem Gesetzesentwurf mit dem Titel *Children First (Kinder haben Vorrang)* drohen einem Priester bis zu fünf Jahre Haft, der dieser Vorgabe nicht nachkommt. Schon in der nächsten Legislaturperiode will die Regierung das Gesetz verabschieden, ließ das irische Justizministerium verlauten – ohne Rücksicht auf „interne Regeln religiöser Gruppen“. Auslöser für das strenge Vorgehen war der im Juli veröffentlichte „Cloyne-Report“, ein Untersuchungsbericht über Missbrauchsfälle in der irischen Diözese Cloyne. Dieser bemängelte, dass der größte Teil der dortigen Fälle von Kindesmissbrauch nicht den zivilen Behörden gemeldet worden sei. Die Kirche kritisierte den Gesetzesentwurf scharf. Jeder Vorschlag, der die Unantastbarkeit des Beichtgeheimnisses untergrabe, richte sich gegen „das Recht jedes Katholiken auf Religions- und Gewissensfreiheit“, sagte der katholische Primas von Irland, Kardinal Sean Brady. Seinen Worten zufolge hat sich das Kindeswohl dem Beichtgeheimnis unterzuordnen. Unterstützung erhielt der Kirchenfürst auch aus dem Vatikan: „Die katholische Kirche verzichtet auf keinen Fall auf das Beichtgeheimnis“, erklärte der stellvertretende Vatikansprecher Benedettini. (*derStandard.at*, 31.8.11)

I (4211) **Dublin**. Erst jetzt, fast schon nach Abschluss aller Untersuchungen, sind gegen den ehemaligen Erzbischof von Dublin, John Charles McQuaid, Anschuldigungen wegen Kindesmissbrauch erhoben worden. Die Murphy-Kommission stellte zwei konkrete Anschuldigungen und einen Fall befürchteten Missbrauchs vor. Die Kommission untersucht Fälle von Kindesmissbrauch durch

Priester und wird von der Regierung unterstützt. Bereits vorher war der Erzbischof beschuldigt worden, sich zu wenig um das Wohl ihm anvertrauter Kindern gekümmert zu haben. Laut der Nachrichtenagentur „Ansa“ gilt McQuaid als wichtigster katholischer Würdenträger der jüngeren irischen Geschichte. Er ist 1973 verstorben.

Kritiker sehen in dem Fall allerdings auch den Beweis, dass trotz aller Untersuchungen keine Gewähr besteht, dass nicht noch viel mehr einschlägige kriminelle Delikte passiert sind, die bisher – aus welchen Gründen auch immer – nicht beachtet worden sind. (*ansa*, 9.12.11)

Italien

I (4212) **Rom**. Mit Zustimmung hat Italiens Bischofskonferenz auf die von Ministerpräsident Mario Monti einleiteten Sparmaßnahmen reagiert. „Das Signal ist angekommen“, betonte der bischöfliche Pressedienst SIR in einem Kommentar. Der Weg zu einer Lösung der Krise sei freilich „lang und mühsam für alle“. Er verlange allen (außer der Klerus, Anm. *MIZ*-Red.) die Bereitschaft zu harten Opfern ab. Mit der Ankündigung des Sparpakets habe Monti ein starkes Signal an Europa, an die italienische Politik, aber auch an die verunsicherten Bürger seines Landes gerichtet, heißt es weiter. Er habe Perspektiven und Schlüsselbegriffe vorgegeben wie „Dienst, Verantwortungsbewusstsein, Teilen, Zusammengehörigkeit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit“. Dies seien freilich auch Kriterien für die Bewertung der neuen Regierung und ihrer Politik. Monti hatte Anfang Dezember per Notverordnung ein Sparpaket erlassen. Es soll 30 Milliarden Euro Einsparungen durch Steuereinsparungen, aber auch durch eine Hinaufsetzung des Renteneintrittsalters erbringen, die Kirche aber von allen Einschnitten verschonen. (*SIR*, 5.12.11)

Kosovo

I (4213) **Prishtina**. Das Parlament des Kosovo hat ausdrücklich jeglichen Religionsunterricht und jedwede religiöse Symbole in Schulen untersagt. Ein entsprechendes Gesetz wurde am 29. August von einer klaren Mehrheit der Parlamentarier gebilligt. Sie wiesen auch eine Initiative zurück, die an den Schulen verschleierte Schülerinnen dulden wollte. Etwa 95% der knapp zwei Millionen Kosovaren sind formal Muslime. Ihnen stehen etwa 100.000 orthodoxe Serben gegenüber. Die Verfassung des neuen Staates (der nicht von allen EU-Mitgliedern als solcher anerkannt ist) betont den säkularen Charakter des Landes. (*ansa*, 30.8.11)

Österreich

I (4214) **Wien**. Der im Juni von 300 Priestern veröffentlichte „Aufruf zum Ungehorsam“ der österreichischen „Pfarrer-Initiative“ findet in der Bevölkerung weit mehr Befürworter als Gegner: 71,7 Prozent der Österreicher halten laut einer Umfrage das Aufbegehren für richtig und angemessen. Die Kirchenleitung möchte die Kritiker hingegen entweder zum Schweigen oder aber zum Kirchenaustritt bewegen. Dabei fordern die unzufriedenen Kleriker ganz harmlose Reformen wie die Zulassung wiederverheirateter Geschiedener zur Kommunion, die Predigt durch Laien sowie die Weihe von Frauen und verheirateten Männern zu Priestern. (*Kleine Zeitung*, 29.8.11; *Spiegel*, 5.9.11)

Anm. *MIZ-Red.*: So aner kennenswert das Streben nach einer Demokratisierung der Kirche sein mag, so bleiben die aufmüpfigen Pfarrer doch inkonsequent. Sie wussten von Anfang an, dass sie es mit einer undemokratischen Organisation zu tun haben. Außerdem hätten sie ja die Möglichkeit, durch einen Übertritt zur Altkatholischen Kirche genau jene Änderungen zu fördern, auf die sie bei den römischen Katholiken vergeblich warten. Aber der logische Wechsel hat einen kleinen Haken: Die altkatholischen Priester haben nicht die üppige Alimentierung ihrer papsttreuen Kollegen ...

Russland

I (4215) **Moskau**. Die Reliquie des „Gürtels von der Jungfrau Maria“ hat rund drei Millionen Gläubige angezogen, teilte der Moskauer Patriarch Kyrill I. mit. Er betrachtet die starke Anziehungskraft der Reliquie als Zeichen dafür, dass die Menschen wissen, „wo Gott ist“. Die Ausstellung war wegen des großen Andrangs um vier Tage verlängert worden. Der Gürtel ist eine der meistverehrten Reliquien in den orthodoxen Kirchen. Auch Premierminister Wladimir Putin hatte die Reliquie am Wochenende besucht, denn es stehen Wahlen bevor. (*KNA*, 28.11.11)

Schweiz

I (4216) **Ecône**. Die traditionalistisch orientierte Piusbruderschaft wird dem Vatikan weiter Probleme bereiten. Sie sagt definitiv Nein zu den Bedingungen, die ihr der Vatikan gestellt hat. In einem im Internet veröffentlichten Interview äußerte sich der Leiter der Piusbrüder, Bischof Bernard Fellay, zur so genannten „Doktrinellen Präambel“. Diesen Text hatte die vatikanische Glaubenskongregation den Piusbrüdern nach mehreren Gesprächsrunden überreicht. Die Präambel sei „kein definitiver Text“ und „kann nicht unsere Zustimmung finden“, so Fellay wörtlich. Die Führungsspitze der Piusbrüder hatte am 7. Oktober in Albano bei Rom über die Vatikan-Bedingungen gesprochen; „in diesen Tagen“ will sie dem Vatikan eine Antwort zustellen. (*porte latine*, Organ der Piusbrüder, 29.11.11)

I (4217) **Chur**. Bischof Huonder lehnt den Sexualkundeunterricht an den Schweizer Schulen ab. Er fordert, dass Eltern ihr Kind von diesem „Fach“ befreien lassen können. (Anm. *MIZ-Red.*: Es gibt kein eigenes Fach Sexualkunde, sondern dieser ist Bestandteil des Unterrichts in Biologie, umfasst aber nur etwa sechs bis zwölf Unterrichtsstunden.) Die Sexualerziehung gehöre ausschließlich in die Hand der Eltern und nicht in die (Mit-)Verantwortung des Staates. Andernfalls gebe es ein „Widerstandsrecht“, wenn der Staat auf die religiösen Weltanschauungen der Eltern nicht Rücksicht nehme. Der Sexualkundeunterricht dürfe allenfalls dann in der Schule stattfinden, wenn er dem religiösen Glauben der Eltern als den Erziehungsberechtigten „nicht fundamental“ widerspreche. Die Vatikanzeitung *Osservatore Romano* wies daraufhin Behauptungen zurück, wonach die katholische Kirche Sexualkundeunterricht generell ablehne. Dieser müsse aber eng mit ethisch-philosophischer, psychologischer und spiritueller Erziehung einhergehen, heißt es in einem Artikel der vatikanischen Tageszeitung. (*Neue Züricher Zeitung am Sonntag*, 4.12.11; *Osservatore Romano*, 5.12.11)

Tschechische Republik

I (4218) **Prag**. Der tschechische Staat wird in absehbarer Zeit keine Priestergehälter mehr bezahlen. Er wird sich in den kommenden 17 Jahren sukzessive aus der sogenannten „josephinischen Kirchenfinanzierung“, also der Bezahlung der Priestergehälter durch den Staat, zurückziehen. Darauf haben sich Regierung und Kirchenvertreter in Prag jetzt bei Verhandlungen zu den letzten Detailfragen für ein Gesetz zur Entschädigung von unter kommunistischer Herrschaft enteigneten kirchlichen Gütern geeinigt. Vorgesehen ist, dass der Staat nach Inkrafttreten des Restitutionsgesetzes noch 17 Jahre lang die Priestergehälter finanzieren. In der ersten drei Jahren bleiben die Summen dabei unverändert. Danach sollen der staatliche Anteil jährlich um fünf Prozent gesenkt werden. Die Kirche wird parallel dazu ein eigenes Finanzierungsmodell entwickeln. (*kathpress*, 30.8.11)

Vatikan

I (4219) **Vatikanstadt/New York**. Die Vatikanzeitung *Osservatore Romano* kritisiert, dass New York für 11- bis 18-Jährige das Schulfach Sexualerziehung einführt. Zwar soll laut Lehrplan unter den Verhütungsmethoden auch auf Keuschheit und sexuelle Abstinenz hingewiesen werden, doch sei das Schulfach trotzdem „schädlich“. Der Leitartikel des päpstlichen Sprachrohrs kritisiert, dass dort auch über den Gebrauch von Verhütungsmitteln informiert wird. Die „Utopie der sexuellen Revolution“ sei "gescheitert". Daher gehöre Sexualerziehung wieder zurück in die Familie. (*Osservatore Romano*, 31.8.11)

Anm. *MIZ-Red.*: Der Artikel zeigt, welch diktatorischen Anspruch der heilige Stuhl immer noch erhebt. Schlimm genug schon, dass andere als katholische Denkansätze immer noch verdammt werden. Aber in New York sind nicht einmal fünf Prozent der Einwohner katholisch; trotzdem will die "*Una Sancta*" auch allen anderen die katholische Sexuallehre aufs Auge drücken. Warum fordert der Heilige Stuhl nicht gleich, den gesamten Sexualunterricht in die Hand des katholischen Klerus zu legen? Dann kämen wenigstens Fachleute mit praktischer Erfahrung zum Zuge, die ihrer Aufgabe sicher mit allergrößter Lust nachkämen.

I (4220) **Rom**. Die Entscheidung der Kirche, Frauen nicht zum Priesteramt zuzulassen, besitzt absoluten und endgültigen Charakter. Dies betont der Präfekt der vatikanischen Kleruskongregation, Kardinal Mauro Piacenza, in einem Interview mit dem katholischen Internetportal *Zenit*. Die Auffassung, die Bestimmungen der katholischen Kirche seien nur von „relativer Endgültigkeit“, entbehre jeder Grundlage, so Piacenza. Seine Position sieht er durch das Apostolische Schreiben „*Ordinatio Sacerdotalis*“ gedeckt. Darin habe Papst Johannes Paul II. 1994 die Frage des Frauenpriestertums eindeutig geklärt, so der Kurienkardinal, der seine Aussage mit Sicherheit nicht ohne vorherige Zustimmung durch den Papst gemacht hat. (*Radio Vatikan*, 19.9.11)

I (4221) **Vatikanstadt**. Eine Unverfrorenheit, die selbst für kirchliche Verhältnisse ungewöhnlich ist, leistete sich der Papst anlässlich des Besuchs einiger US-amerikanischen Oberhirten im Vatikan: Ausgerechnet die Kirche könne bei der Aufarbeitung des Missbrauchsskandals ein Vorbild (!) für die Gesellschaft sein. Wörtlich meinte er: „Es ist meine Hoffnung, dass die ernsthaften Anstrengungen der Kirche, sich dieser Wirklichkeit zu stellen, der Gesellschaft insgesamt hilft, Fälle sexuellen Missbrauchs in ihrem wahren Ausmaß und ihren verheerenden Folgen zu erkennen.“ Er sei im Jahr 2008 in die Vereinigten Staaten gereist, um sich ein persönliches Bild von den Leiden der Missbrauchsoffer zu machen, führte der Papst

in seiner Ansprache weiter aus. Zugleich habe er die „ehrvollen Bemühungen“ in Augenschein nehmen wollen, die zum Schutz der Kinder sowie zu „einem angemessenen und transparenten“ Umgang mit Missbrauchsvorwürfen unternommen würden. (*Radio Vatikan*, 26.11.11)

Anm. *MIZ-Red.*: Der Papst vergisst offenbar, dass keine andere Berufsgruppe einen derart hohen Anteil von Tätern stellt wie der katholische Klerus und nirgendwo sonst das „wahre Ausmaß“ dieses Verbrechens so stark zum Ausdruck kommt. Und über die Vorbildlichkeit einer „Aufarbeitung“, die erst nach Jahrzehnten des Vertuschens von außen angestoßen wurde, braucht man sowieso kein Wort zu verlieren.

I (4222) **Vatikanstadt**. Der Vatikan hat nach massivem Druck von außen erlaubt, die vatikanischen Methoden beim Umgang mit Geldwäsche zu untersuchen. Sie werden nun von einer Expertengruppe des Europarates bewertet. Dazu haben sich die Mitglieder von MONEYVAL Ende November mit den Experten der zuständigen vatikanischen Behörden getroffen. Die Organisation MONEYVAL bewertet die Antigeldwäschesysteme der Mitgliedsstaaten des Europarates. Der Vatikan schreibt selbst: „Damit versucht der Heilige Stuhl, seine Regelungen an den internationalen Rechtsstandard anzugleichen“, was nur bedeuten kann, dass sie bisher dem internationalen Rechtsstandard nicht entsprechen; tatsächlich wurde der Vatikanbank von renommierten Experten die Beihilfe zur internationalen Geldwäsche vorgeworfen. Das Ergebnis soll 2012 veröffentlicht werden. (*Radio Vatikan*, 26.11.11)

I (4223) **Rom**. Ein Sturm der Entrüstung ist in Rom losgebrochen, als bekannt wurde, dass die päpstlichen Immobilien in Rom von Steuern und Abgaben befreit sind. Nach mehreren Tagen des Schweigens schrieb Giuseppe Dalla Torre, Präsident des Tribunals der Vatikanstadt, dass nach den Lateran-Verträgen von 1929 nur „wenige“ exterritoriale Gebäude in der Stadt Rom von Steuern befreit seien, die allerdings nochmals fast die Fläche des Vatikan ausmachen. In diesen Gebäuden seien meist Kurienbehörden untergebracht. Die übrigen vatikaneigenen Gebäude auf italienischem Territorium würden normal besteuert. So gehörten Vatikaneinrichtungen wie die Güterverwaltung APSA oder die „Propaganda Fide“ zu den größten Beitragszahlern der Stadt Rom – was indes bedeutet, dass sie auch zu den größten Grundbesitzern gehören. (*Corriere della Sera*, 9.12.11; *ansa*, 9.12.11)

Lateinamerika

Kuba

I (4224) **Havanna**. Wenige Monate vor dem angekündigten Besuch von Papst Benedikt XVI. in Kuba ist die katholische Kirche in die Offensive gegangen und hat eine „Aktualisierung der Politik“ auf der Karibikinsel gefordert. Die Kommunistische Partei müsse bei ihrem Parteitag im Januar eine „Vision für die Zukunft“ vorstellen, heißt es in einem Beitrag des kircheneigenen Magazins *Palabara Nueva* (Neues Wort). Damit meinen die Oberhirten eine moralische Führungsrolle der katholischen Kirche, deren Interessen in der Politik wieder stärker berücksichtigt werden sollen. Staatspräsident Raul Castro auf dem Parteitag vor wenigen Monaten eine tiefgreifende Wirtschaftsreform angekündigt, die nach Meinung des Klerus zu einer politischen Reform genutzt werden soll. (*KNA*, 3.12.11)

Afrika

Ägypten

I (4225) **Kairo**. Die islamistischen Parteien haben beim ersten Teil der Parlamentswahlen nach offiziellen Zahlen etwa 65 Prozent der Stimmen bekommen. Überraschend ist vor allem das relativ gute Abschneiden der Salafisten: Diese extremistische Bewegung kam auf über 24 Prozent. Die sich moderat gebende, in Europa aber als fundamentalistisch eingeschätzte Partei der Muslimbrüder hingegen liegt mit 36,6 Prozent nicht so weit vor den Salafisten wie zuvor erwartet. Die dritte islamische Liste, das moderate *Wasaf*, errang ganze vier Prozent. Für den Fortgang der Parlamentswahlen, die je nach Landesteil an unterschiedlichen Tagen stattfinden, wird mit einem scharfen Wahlkampf zwischen den verschiedenen islamistischen Flügeln gerechnet. „Damit sind die Flitterwochen zwischen Muslimbrüdern und Salafisten zu Ende“, kommentierte die Tageszeitung „al-Achbar“ das Zwischenergebnis. Große Verlierer des bisherigen Wahlgangs sind die liberalen Parteien. Sollten sich ihre Ergebnisse nicht durch die Abstimmungen in weiteren Landesteilen verbessern, werden sie im künftigen Parlament kaum Einfluss haben. Die Allianz der Linken und Liberalen muss sich bisher mit dem dritten Platz begnügen und erhielt nur knapp 13 Prozent. (*al-Achbar* Kairo, 4.12.11; *Radio Vatikan*, 4.12.11; *al-Ahram* Kairo, 5.12.11)

Marokko

I (4226) **Rabat**. Auch in Marokko haben – ähnlich wie in den Nachbarländern Tunesien und Ägypten – Islamisten die vorgezogene Parlamentswahl gewonnen. Allerdings ist dort die als moderat geltende Partei PJD mit rund einem Drittel der Stimmen die stärkste Kraft im neuen Parlament. Als Reaktion auf den Arabischen Frühling in anderen Staaten der Region hatte König Mohammed VI. Verfassungsänderungen veranlasst, die dem Parlament mehr Macht geben, und dann vorgezogene Wahlen ansetzen lassen. Die bisher regierende Istiqlal-Partei unter Ministerpräsident Abbas El Fassi kommt nach bisherigen Angaben nur auf gut halb so viele Sitze wie die Islamisten. Nur etwa 45 Prozent der Wahlberechtigten sind zu den Urnen gegangen, teilte das Innenministerium mit. (*apic*, 27.11.11)

Asien

Israel

I (4227) **Tel Aviv**. Die Zahl gemischt-geschlechtlicher Klassen in jüdischen Schulen hat in den vergangenen Jahren stark abgenommen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die in der Tageszeitung Haaretz veröffentlicht wurde. Die Tendenz liegt demnach in der hohen Geburtenrate der streng orthodoxen Bevölkerung des Landes begründet. Diese lehnt die Koedukation ab. In rund 40 Prozent der Grundschulen des Landes werden Jungen und Mädchen getrennt voneinander unterrichtet. Ebenso wird nur in 140 von 391 religiösen staatlichen Schulen gemeinsamer Unterricht für beide Geschlechter angeboten. Der ehemalige Vizebildungsminister Rabbiner Michael Melchior betrachtet diese Entwicklung mit Besorgnis. Er sieht darin eine Tendenz zum religiösen Extremismus. (*Haaretz*, 5.12.11; *Agence France Presse*, 5.12.11)